

Sachsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 358.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Zweite Ausgabe

Wittwoch, 3. August 1910.

Verlagsort: Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Sinterhaus.
Verlag: C. E. Schöningh & Co. Leipzig.
Eing. Nr. 3. Postamt: Halle a. S., Postfach 1272.
Erscheinungsort: Halle a. S., Leipzigerstraße 87.

Verlagsort: Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Sinterhaus.
Verlag: C. E. Schöningh & Co. Leipzig.
Eing. Nr. 3. Postamt: Halle a. S., Postfach 1272.
Erscheinungsort: Halle a. S., Leipzigerstraße 87.

Die Nationalliberalen und die nächsten Reichstagswahlen.

Ueber die Stellungnahme der Nationalliberalen bei den nächsten Reichstagswahlen schreibt ein der hervorragendsten Nationalliberalen alter Richtung, Herr Oberbürgermeister Bessler in der „National-Zeitung“:

Vor kurzem hat der Führer der nationalliberalen Partei, der Abgeordnete Wasser mann, sich in einer öffentlichen Verammlung dahin ausgesprochen, daß man die Fragen, inwiefern bei der nächsten Reichstagswahl unter Umständen von der nationalliberalen Partei auch eine sozialdemokratische Kandidatur zu unterstützen sei, prinzipiell weder bejahen noch verneinen könne, daß man sich also für jeden einzelnen Fall die Entscheidung vorbehalten müsse. Wasser mann sind, und mit Recht, in der Presse sowohl aller Parteien unympathisch für die Entscheidung der Fragen vorzulegen, ob die nationalliberale Partei in ihrer jetzigen Zusammensetzung noch weiter bestehen könne, oder ob sie sich auf neuer Grundlage unter dem Gesichtspunkte konstituieren muß, daß der mehr nach links gravitierende Teil ihrer Mitglieder aus ihr auscheidet. Die Frage dürfte zu bejahen sein. Wenn die nationalliberale Partei nicht ihre Vergangenheit verleugnen und die ihr obliegenden politischen Aufgaben befehlen will, so darf sie unter keinen Umständen bei den nächsten Reichstagswahlen irgendwo eine sozialdemokratische Kandidatur unterstützen. Alle anderen Parteien müssen bei dieser Gelegenheit von ihr als befreundet angesehen, allein die sozialdemokratische Partei muß bis auf Weiteres befeindete Feinde sein. Die sozialdemokratische Partei ist die einzige, die nicht nur ein Wesen gehabt hat, es offen ausgesprochen, daß ihr politisches Ideal die Vernichtung des modernen Staates und die Wiedereinsetzung eines von Proletariern regierten Staatswesens ist, sondern die auch bei jeder Gelegenheit die Strafpfote macht, wie weit sie auf dem Wege zur Verwirklichung ihres politischen Ideals schon vorgedrungen ist. Die Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen sind nach dieser Richtung hin sehr lehrreich gewesen. Nun sollte man meinen, es sei deshalb eigentlich selbstverständlich, daß alle staatsfeindlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Partei bei den Wahlen zusammenstehen, um den Einfluß dieser Umsturzpartei auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches in der nächsten Legislaturperiode auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Dem widerspricht aber nicht nur der linke Flügel der nationalliberalen Partei, sondern auch die Sozialliberalen. Wenn man sich hierzu nicht äußert, so bleibt für den rechten Flügel der Partei nichts anderes übrig, als eine reinliche Scheidung von beiden, weil dann die politische Grundentscheidung zu verstehen ist, um ein gedeihliches politisches Zusammenwirken noch weiter zu ermöglichen. Eine solche Scheidung wird selbstverständlich dem rechten Flügel der Partei von seinen früheren Freunden und von seinen der noch weiter links stehenden Parteien, ganz abgesehen von den Sozialdemokraten, der Wortbruch der Zusammenkunft, des Bestehens der liberalen Ideen in erhöhtem Maße eintragen. Wie sieht es um diesen Wortbruch? Würde er gerechtfertigt in, würde vor allen Dingen durch die Hinnahme des rechten Flügels der Partei zu dem weiter rechts stehenden Parteien das, was nach den bisherigen Grundrissen der Partei das öffentliche Wohl verlangt, vernachlässigt werden? Um zu einer befriedigenden Beantwortung dieser Frage zu gelangen, ist es erforderlich, sich in großen Zügen klar zu machen, inwiefern die Forderungen des gemäßigten Liberalismus, und darum handelt es sich bei dem rechten Flügel der Partei, im Reiche und Preußen noch ganz unerfüllt, oder wenigstens nur zum Teil erfüllt sind und daher mehr oder weniger in die Maßnahme fallende prinzipielle Gegenstände sind, die rechtsstehenden Parteien, oder gegen die Regierung bestehen. Welches sind nun hauptsächlich die Fragen, deren Beantwortung ein Zusammenarbeiten des rechten Flügels der nationalliberalen Partei mit den weiter rechts stehenden Parteien erfordert, oder gar unmöglich macht? In manchen wichtigen Fragen, deren Lösung im liberalen Sinne dem Rechten liberalen Parteien sehr am Herzen lag, ist die Diskussion längst ganz oder im wesentlichen geschlossen. Sie haben ihre Ziele in der früheren sogenannten Liberalen erreicht. Dazu ist vor allem die Selbstverwaltung durchzuführen, die zum Teil bis zu Konzeptionen durchgeführt ist, die auch einem sehr gemäßigten Liberalen wohl die Frage nahelegen, ob die Kräfte der Selbstverwaltung wirklich immer die Kräfte sind, die als sie in sie leben tief. Aber sie einzuschränken, dazu würde jetzt auch ein konservativer Politiker sich schwerlich erheben. Sodann besteht fast in allen Bundesstaaten eine Verwaltungsgesetzgebung, die, wie die Straf- und Zivilgerichte für das Strafrecht, durch ihre Zusammenfassung eine unabhängige sachgemäße Rechtspflege für das öffentliche Recht garantiert. Der einer Reichstagskommission vorgelegte Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung sieht eine Vertiefung des Prin-

elements an der Strafrechtspflege in der Frage erster Instanz vor und kommt damit einer hauptsächlich von liberaler Seite geltend gemachten Forderung im weitesten Maße entgegen. In der Frage der Wirtschaftlichkeit des Reiches zu Wasser und zu Lande hat die nationalliberale Partei nie gegahert, die Mittel zu bewilligen, die nach überzeugenden Ausführungen seitens der Regierung für die Sicherheit des Reiches erforderlich waren. Der zur Sicherung der Reichsanlagen vom Bundesrat vorgelegte erste Entwurf bot die Möglichkeit, wenigstens für längere Zeit die Finanzen wirklich zu sanieren. Er ist gescheitert und an seine Stelle ein Steuergesetz getreten, das höchstwahrscheinlich neben anderen Mängeln auch den Mangel hat, daß nicht länger Zeit eine normale Anziehung der Reichssteuererträge unvermeidlich sein wird. Was in die neueste Zeit hat ohne Frage eine gewisse Bevorzugung des Adels in der militärischen und in der Verwaltungskarriere in Preußen stattgefunden. Dies ist von liberaler Seite wiederholt mit Recht der Regierung gegenüber als ein zu beklagender Zustand hingestellt worden. Es hat den Anschein, als ob hier von der Regierung Wandel geschaffen werden soll. Würde nun wirklich, wenn man die vorstehend geschilderte Lage betrachtet, der Teil der nationalliberalen Partei, der, namentlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen, den Kampf bis auf Weiteres gegen die Sozialdemokratie und deshalb eine Trennung von dem Teil der Fraktion will, der dieser Umsturzpartei lange nicht so schroff gegenübersteht, dadurch festhalten gegen die Grundzüge des gemäßigten Liberalismus begehren?

Das sind sehr beachtenswerte Ausführungen. Und so wie Herr Oberbürgermeister Bessler denken viele Nationalliberale.

Ein deutsch-englisches Flottenabkommen.

Durch die englischen Parlamentsverhandlungen über den Marine-Etat und die bei dieser Gelegenheit abgegebene Erklärung des Premierministers Asquith ist die Frage eines deutsch-englischen Flottenabkommens, die schon seit dem Jahre 1906 auf der Tagesordnung steht, von neuem in das Gebiet der politischen Erörterungen hineingezogen worden. Vor der zweiten Haager Konferenz verwarf England, eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen auf das Beratungprogramm zu setzen, und da dies nicht gelang, bemüht es sich seitdem, ein Sonderabkommen mit Deutschland vorzubereiten. Mr. Asquith beauptet nun, die deutsche Regierung habe erklärt, sie sei durch das Flottengesetz gebunden und könne von diesem mit Rücksicht auf die deutsche öffentliche Meinung nicht abgehen. Aus diesem Anlaß hat die englische Zeitung „Daily Mail“ den Versuch gemacht, die Ansicht der öffentlichen Meinung, die ja in erster Linie durch die Presse zum Ausdruck gebracht wird, durch eine Umfrage bei allen namhaften deutschen Männern festzustellen.

Das Ergebnis ist sehr interessant und durchaus bezeichnend dafür, wie tief der Flottengedanke bei uns Wurzel geschlagen hat und wie far die Notwendigkeit und Bedeutung einer starken Seemacht für unser gesamtes Volk- und Wirtschaftsleben erkannt wird. In politischer Beziehung liefert die Umfrage den Beweis, daß die öffentliche Meinung in Deutschland durchaus nicht englandfeindlich ist, daß sie im Gegenteil fast einmütig für ein Zusammengehen mit England stimmt. Auch dem Gedanken eines Flottenabkommens sieht eine nicht unbedeutende Zahl der Männer im Prinzip unmißverständlich gegenüber, es werden aber doch von den meisten allerlei Forderungen und Bedingungen geltend gemacht, die praktisch eine Ablehnung gleichkommen. Vieles wird die Bedingung gestellt, daß die deutschen Seemachtsinteressen nicht darunter leiden sollten, daß die Ausführung des deutschen Flottengesetzes nicht in Frage gestellt werden dürfe, daß eine politische Entente mit England vorgebehe und daß England — was es niemals tun wird — das freie Eigentumsrecht zur See anerkennen müsse. Auch die Verfürchtung wird geäußert, daß das Scheitern der Verhandlungen über diesen heißen Gegenstand die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechtern würde. Und damit ist durchaus das Richtige getroffen, denn die Verhandlungen müssen scheitern, weil man in England den Zweck unserer Flotte nicht gelten lassen will. Dieser Zweck ist unüberänderlich derselbe geblieben, wie er in den Entwurfsentwürfen zum Flottengesetz 1900 zum Ausdruck kam; er ist auf die Sicherung gegen Angriffe von jeder Seite und auf die Erhaltung eines absoluten Friedens, nicht nur auf die Duldung, wie Mr. Asquith sich ausdrückt, gerichtet. An ein Beitrittsverhältnis mit England denkt bei uns kein Mensch, noch weniger an einen freundschaftlichen Angriff gegen das Inselreich. Auch daß die englische Flotte überlegen sein und bleiben muß, wird allgemein anerkannt. Aber ist die englische Flotte nicht schon überlegen genug? Ist sie nicht in allen Punkten, ganz abgesehen von der vorzüglichen strategischen Lage Englands, genau dreimal so stark wie die deutsche? Das genügt jedoch für England noch nicht. Die „Morning Post“ sagte erst vor einigen Wochen, daß die Bedeutung der Flotten für beide Länder nicht durch das Ver-

hältnis von 2 zu 1, sondern eher von 2 zu 1 oder von 100 zu 1 ausgedrückt werde. Da England nun seine Flotte nicht in diesem Maßstabe vergrößern will, so mußte natürlich Deutschland diejenige entwerfend vergrößern.

Welchen Nutzen hätten wir aber von einer so kleinen Flotte? Und würde die Stimmung in England für uns günstiger sein und bleiben, wenn wir zur See schwach wären? Wir glauben es nicht. Nur der Starke und Wehrfähige wird geachtet und kann sich des Friedens erfreuen, das lehrt die Geschichte aller Völker und Zeiten. Außerdem hätte aber auch die Verständigung zwischen Deutschland und England allein keinen Zweck. Auch andere Staaten besitzen schon eine starke Flotte oder sind im Begriff, sich eine solche zu schaffen. Gegen diese müßte doch England auch gerüstet sein und wir schließlich ebenfalls. Wie könnten wir das aber, wenn wir uns England gegenüber die Hände gebunden haben!

Es müßte also wenigstens ein allgemeines Abkommen zwischen allen seemächtigen Nationen getroffen werden. Aber ein solches ist praktisch undurchführbar, weil es an einer Grundlage für die Bemessung der Stärke der einzelnen und vor allem an einer Kontrolle darüber, daß die getroffenen Abmachungen auch innegehalten werden, fehlen würde. Man denke nur an die zahlreichen Verletzungen verantwortlicher englischer Staatsmänner über deutsche Verabredungen, aller amtlichen deutschen Versicherungen zum Trost, nur weil ein paar Schiffe, die doch frühestens nach einer Reihe von Jahren fertig sein können, einer Verft in Aussicht gestellt waren, ferner an die englischen Prestimänner über geheimnisvolle außerordentlich deutsche Dreadnoughts, über in den Flottenindungen verdeckte Torpedoboote, und man erhält einen Vorgeschmack davon, was wir zu erwarten hätten, wenn erst einmal bindende Abmachungen getroffen worden sind. Daß dabei die Höhe der jährlichen Marineausgaben, die Größe, Zahl und die Kosten der Schiffe oder die Stärke des Personals die Grundlage bilden soll, eine wirksame Kontrolle würde immer fehlen; es würden sich so viele Vorwände herausstellen, daß die Verbitterung unter den Völkern größer werden würde, denn je und daß wir aller Voraussicht nach in kurzer Zeit das hätten, was wir vermeiden wollen, den Krieg.

Weshalb bringt man uns nicht jetzt schon das Vertrauen entgegen, das man doch je nachdem fänden muß, mit dem man ein Abkommen schließen will? Deutschland will niemand angreifen, sondern sich und sein Eigentum verteidigen können. Das Deutsche Reich ist eine unbegleitete Großmacht, deren Friedensliebe außer Frage steht, es nimmt über See nichts für sich in Anspruch als wirtschaftliche Ausnutzung der Märkte wie alle anderen handelsbetreibenden Staaten. Ertrag das bei irgend einer Macht Anstoß, so können wir es nur bedauern, aber nationale Selbstverleumdung neben ungläubiger Torheit und Schwäche wäre es, Äußerungen zu geben, die auf eine Herabsetzung unserer Weltkraft zur See abzielen. Man muß sich doch fragen, wie denn eine Macht wie das Deutsche Reich ohne Flot und ohne Grund, trotz seiner ungeheuren Kraft auf solche Einbuße an nationalen Ansehen und nationaler Ehre auf sich nehmen könnte. Schon die hieraus entspringenden praktisch-politischen Folgen würden sich in schlimmerer, gar nicht auszufehender Weise äußern, in Europa und in der ganzen Welt, wo Deutsche leben und wo deutscher Handel sich Eingang zu schaffen versucht.

Deutsches Reich.

* Unser Kaiser beim Scharfschützen in Swinemünde. Bei dem Scharfschützen in See des Artilleriebataillons, dem Seine Majestät der Kaiser bewohnte, wurde aus sämtlichen Küstenbatterien gegen geschleppte und verantere Schiffe geschossen. Diese Schiffe stellten ein großes Geschwader, aus nordöstlicher Richtung kommend, dar, das den Kampf mit den Küstenbefestigungen aufzunehmen hatte. Nach dem Abschießen hielt Seine Majestät kritisch ab und sprach sich anerkennend über die Flotte Bedienung der Schiffe und die erreichte Wirkung aus.

Der Kaiser verließ den Hauptleuten Schulze, Stoff und Mühs den Vortritt Alexander A. Klaffe, den Oberleutnanten Sadowski und Meiß den Kronenorden 4. Klasse, zehn Unteroffiziere die Medaille zum roten Adlerorden und zwölf Obergefreiten und Nichtkonterten die Medaille zum Kronenorden.

* Zur Teilnahme der Sanitätskolonnen an den Kaisermanövern. Der Kaiser hat auf Antrag des kaiserlichen Stommsars und Militärinspektors für Freiwillige Krankeмпfuge der Armee im Felde, Fürsten zu Solonnen-Baruth, genehmigt, daß die Sanitätskolonnen vom roten Kreuzen an den Kaisermanövern teilnehmen dürfen. Zum ersten Male wird dies in Laufe dieses Jahres in Königsberg der Fall sein.

* Der neue Militärattaché in Washington. Der bisherige Militärattaché bei der Botschaft in Washington und der Gesandtschaft in Mexiko, Major im Generalstab der Armee im Ruhestand, ist unter Enthebung von seiner Stellung gemäß dem

